



Rubrik vom 31. Januar 2008

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Steuersenkungen – ein Reizwort

Wenn man Steuersenkungen fordert, sind die Meinungen schnell gemacht: Die Rechten sind dafür und argumentieren, Steuergelder würden sowieso verschleudert, die Linken sind dagegen und verweisen auf die ungerechten CEO-Löhne auf den Teppichetagen. Der Frust über alle Ungerechtigkeiten dieser Welt macht eine ruhige Analyse fast unmöglich. Dabei entscheidet das Steuerrecht, in welche Kanäle das Geld fliesst: Steigen die Steuern für Tabak, sinkt der Tabakkonsum. Schlecht für die Tabakindustrie, aber diesen Nachteil kann die Mehrheit verschmerzen. Schlecht für die AHV... da wird es schon schwieriger!

Doppelbesteuerung verhindert Investitionen

Geradezu gefährlich ist jedoch die sogenannte Doppelbesteuerung: Angenommen Sie versteuern 60'000 Franken im Jahr Reineinkommen. Auf diese Summe zahlen Sie den vollen Steuerbetrag. Ein Teil davon, sagen wir 10'000 Franken, wandert auf Ihr Sparbuch (= Reserven). Wenn Sie nun die 10'000 Franken für den Kauf eines Autos abheben, zahlen Sie keine Steuern mehr, denn Sie haben schon bezahlt.

Bei einer AG oder einer GmbH ist das anders: Wenn Sie als Unternehmer Ihre Reserven anzapfen, bittet das Steueramt ein zweites Mal zur Kasse. Dadurch bleiben Ihnen von einem Franken Gewinn oftmals weniger als 50 Rappen im Portemonnaie. Das führt dazu, dass die Betriebsinhaber dieses Geld nicht ausgeben – ähnlich wie bei den Zigaretten, wo auch hohe Steuern den Konsum dämpfen. Das Resultat: Der Unternehmer investiert nicht, das Geld bleibt im Unternehmen blockiert. Und wenn er sich im Alter aus dem Geschäft zurückziehen möchte, kommen die angehäuften Reserven alle miteinander in die Doppelbesteuerung, zusätzlich mit einer happigen Progression. Altersvorsorge ade und angesparte Reserven ade. Die Nachfolge wird schwierig.

Ohne Investitionen keine Arbeit

Jetzt denken Sie vielleicht wieder an die Grosskonzerne – aber davon gibt es nur eine Handvoll. In der Schweiz gibt es 300'000 Unternehmen, fast alle (99.7%) haben weniger als 250 Mitarbeiter. 87 Prozent arbeiten sogar mit weniger als zehn Angestellten. Diese KMU beschäftigen über 2 Millionen Menschen und sind von der Doppelbesteuerung besonders hart betroffen. Man schätzt, dass in den nächsten Jahren rund 50'000 KMU mit 270'000 Arbeitsplätzen finanziell gefährdet sind.

Die Unternehmer fällen jetzt ihre Investitionsentscheide tendenziell nach dem Steuergesetz statt nach dem Betriebswohl. Die KMU-Steuerreform will den Misstand korrigieren: Es sieht vor, dass Unternehmer mit mehr als 10% Beteiligung (z.B. ein Familiengesellschafter) auf einen Franken nicht 52 Rappen, sondern nur noch 41 Rappen Steuern zahlt. Der Bund verliert damit 56 Millionen, das ist ein Promille (!) der Gesamteinnahmen. Also kein Steuergeschenk, sondern ein Geschenk an unsere Volkswirtschaft. **Die KMUs danken Ihnen für Ihr JA zur KMU-Steuerreform am 24. Februar.**

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch